

Bei der Aufhebung der Corona Regeln die Kitas nicht vergessen

Frankfurt – Bildungsdezernentin Sylvia Weber (SPD) hat vom Land die Aufhebung der Corona Regeln gefordert, die in den Kitas und Krippen feste Gruppen vorsehen. „Es kann nicht sein, dass das Land für die Schulen und allgemeine Bevölkerung die Hygieneregeln lockert, die Kitas aber weiterhin in festen Gruppen arbeiten müssen. Dies ist nicht zu verstehen, wenn gleichzeitig wieder Großveranstaltungen möglich sind.“

Die Dezernentin forderte die Landesregierung auf, schnellstmöglich wieder offene Gruppen in den Kitas zuzulassen. Aufgrund der immer noch angespannten Personalsituation in den Einrichtungen und aufgrund eines immer noch hohen Krankenstandes müssen derzeit häufiger Gruppen geschlossen werden. Dies liegt auch darin begründet, dass offene Konzepte aktuell nicht möglich sind. Fachkräfte wie Eltern können durch eine Aufhebung der festen Gruppenzugehörigkeit entlastet werden. Dies gilt insbesondere in den Randstunden.

„Die Fachkräfte in den Einrichtungen haben in den vergangenen zwei Jahren fast Unmenschliches geleistet und mit einem hohen persönlichen Risiko die Betreuung aufrecht erhalten. Nun ist es an der Zeit, dass sie auch von den geplanten Lockerungen profitieren und nicht vergessen werden. Ich erwarte hier von der hessischen Landesregierung schnelles Handeln“, so die Dezernentin abschließend.

Gute Entscheidung für Boris Rhein

Frankfurt – Mit großer Freude hat die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) Frankfurt die Entscheidung von Ministerpräsident Volker Bouffier zur Kenntnis genommen, Landtagspräsident Boris Rhein für seine Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten vorzuschlagen. „Boris Rhein hat über viele Jahre Erfahrung in der Kommunal- und Landespolitik erworben und besonders deutlich in seinem jetzigen Amt als Präsident des Hessischen Landtags vorgelebt, wie wichtig es in der Politik ist, zuzuhören, klare Positionen zu vertreten, Menschen zusammenzuführen, zu begeistern und Empathie zu zeigen, dies aber in klarer Abgrenzung zu radikalen, rassistischen und menschenverachtenden Positionen“, so Christiane Loizides in einer Mitteilung. Die MIT Frankfurt wird den angekündigten Übergang positiv begleiten, auch auf dem Landesparteitag im Juli. „Wir stehen voll hinter Boris Rhein. Die CDU will bei der Landtagswahl stärkste Partei werden und jetzt wissen wir, mit wem das gelingen wird“, sagt Loizides.

„Die Bürger haben ein Recht auf ein gesundes Leben“

INTERVIEW Frankfurts neue Fluglärmbeauftragte über Krach, Feinstaub und die Zukunft des Airports

Die ehrenamtliche Stadträtin Ina Hauck (SPD) ist seit Anfang Oktober auch Frankfurts neue Fluglärmbeauftragte. Sie hat das Amt von Ursula Fechter übernommen. Im Interview zieht sie eine erste Bilanz ihrer neuen Aufgaben.

Frau Hauck, seit Ihrer Übernahme der Stabsstelle Fluglärmbeauftragte ist einiges passiert: Die Stadt Frankfurt hat eine neue Regierung, der Flughafen brummt wieder. Haben sich diese Veränderungen auf die Arbeit der Stabsstelle ausgewirkt?

Ich sehe mich ja nicht als neue Amtsinhaberin, die alles auf den Kopf stellt, sondern ich führe die Arbeit der Stabsstelle fort, die es ja schon seit fünf Jahren auf Initiative des Oberbürgermeisters gibt. Wir betreuen weiterhin ein umfangreiches Messstellennetz für Fluglärm- und Ultrafeinstaub-Emissionen, wir betreiben ein monatliches Monitoring der Flugbewegungen. Zudem halten wir Kontakt zu den Bürgern, die unter Fluglärm leiden, zu den Bürgerinitiativen gegen Fluglärm und zu Ortsbeiräten. Das wollen wir weiter ausbauen. Fluglärm ist nur ein Teil der Emissionen, die vom Luftverkehr ausgehen, der Schutz der Bevölkerung muss im Vordergrund stehen, auch unter klimapolitischen Gesichtspunkten.

Die Fraport gab jüngst bekannt, dass im Jahr 2021 der Flughafen rund 24,8 Millionen Passagiere zählte, ein Drittel mehr als im ersten Corona-Jahr. Rufen denn inzwischen mehr Flugbetrieb herrscht, verstärkt Bürger in der Stabsstelle an, um sich zu beschweren?

Ja, durchaus. Das Thema Fluglärm ist wieder Thema. Man hatte sich in Sachsenhausen, Niederrad und Oberrad an die Ruhe gewöhnt. Aber auch der Norden Frankfurts ist betroffen und Bürger, die dort wohnen, melden sich zunehmend bei uns. Wir analysieren noch, was die Gründe für den gestiegenen Lärm dort sein können.

Wie kann die Stabsstelle den Bürgern konkret helfen?

Mit Fluglärm einher geht auch immer Ultrafeinstaub- und CO₂-Ausstoß. Ziel der Stabsstelle ist es, Maßnahmen zu unterstützen, die Fluglärm und seine Auswirkungen für die betroffene Bevölkerung reduzieren. Mit unseren monatlichen Monitorings und Messungen können wir zudem die Lärmemissionen genau analysieren.

Was genau machen Sie mit diesen Daten, wie können



Ina Hauck kümmert sich als Fluglärmbeauftragte um die Belange der Frankfurter Bürger.

FOTO: ENRICO SAUDA

sie genutzt werden?

Wir können zum Beispiel feststellen, wo und wann Grenzwerte missachtet werden oder wann etwa Starts oder Landungen außerhalb der Randstunden nach 23 Uhr oder vor 5 Uhr morgens stattfinden. Diese können dann gemeldet werden und finden hoffentlich zukünftig nicht mehr statt.

Welche Grenzwerte sind das?

Die von der Weltgesundheitsorganisation WHO empfohlenen Lärmobergrenzen etwa werden regelmäßig überschritten. Auch aktuell bei noch coronabedingt reduziertem Flugverkehr liegt die Lärmbelastung immer noch über den Grenzwerten. Die WHO empfiehlt einen Wert von 45 Dezibel durchschnittlich ganztags sowie 40 Dezibel für nächtliche Lärmbelastung. Tagüber liegen etwa an der Martin-Buber-Schule in Sachsenhausen und bei der Friedrich-Fröbel-Schule in Niederrad die Messwerte über dem empfohlenen Grenzwert.

Und nachts?

In den Randstunden nach 22 Uhr und vor 6 Uhr lag etwa in den Monaten Juli bis September 2021 der Messwert bei drei Lärmmessstationen in Oberrad und Sachsenhausen fast durchgängig über dem empfohlenen WHO-Richtwert von 40 Dezibel.

Wie werden Fraport oder die Airlines dafür belangt?

Die Messungen sollen Fraport dazu bewegen, etwa verspätete oder verfrühte Flüge am Morgen in Zukunft zu verhindern. Denn nach der Entgeltordnung werden bei verspäteten Landungen von Flugzeugen, die nach 23 Uhr eintreffen, die Airlines mit hohen Bußgeldern belegt. Dieser Steuerungsmechanismus wird künftig noch wichtiger werden, hier wollen wir auch die Bürger mehr aufklären.

Welche Ergebnisse bringen die Messungen des Ultrafeinstaubes und wie werden die Daten ausgewertet?

Das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie betreibt zusammen mit der Stadt Frankfurt Messstellen direkt am Flughafen und in Schwanheim. In Oberrad am Alten Friedhof und an der Martin-Buber-Schule in Sachsenhausen hat das Umweltdezernat der Stadt Frankfurt zusätzliche Messstellen eingerichtet. Dort werden die unsichtbaren oder nicht hörbaren Emissionen, der Ultrafeinstaub, gemessen. Die Auswirkungen des Ultrafeinstaubes werden noch erforscht, die WHO muss die Grenzwerte noch benennen. Es gibt etliche Hinweise darauf, dass auch die Gesundheit beeinträchtigt.

Durch die Corona-Krise gibt es momentan so viel oder

besser gesagt: so wenig Flugverkehr wie zuletzt in den 1980er Jahren. Zwischenzeitlich war sogar die Landebahn Nordwest stillgelegt. Ist die Pandemie eine Chance, um dauerhaft mehr Ruhe am Himmel zu schaffen?

Die Lockdowns in den beiden vergangenen Jahren haben gezeigt, dass auf viele Flüge verzichtet werden kann, insbesondere bei den Geschäftsreisen. Außerdem

Die Klimakrise und die Corona-Krise zwingen uns, über die Rolle des Frankfurter Flughafens neu nachzudenken.

müssen unter klimapolitischen Gesichtspunkten die Kurzstreckenflüge zügig auf die Bahn verlegt werden. Die hierdurch freigewordenen Slots, vor allem in den Nachtrandstunden, sollten nicht mehr belegt werden dürfen.

Was gab es Gutes für fluglärmgeplagte Bürger aus dem vergangenen Jahr zu berichten?

Die Stadt ist Anfang des Jahres 2021 dem Bündnis Zukunft Rhein-Main (ZRM) beigetreten, einem Zusammenschluss von 20 Städten, Gemeinden und Landkreisen

sowie dem Bündnis für Bürgerinitiativen und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Hessen und Rheinland-Pfalz, die sich gegen den Flughafen-Ausbau aussprechen. Ziel des Bündnisses ist unter anderem die Ausweitung der Nachtruhe auf 22 bis 6 Uhr.

Warum?

Der wichtigste Punkt ist: Lärm hat negative gesundheitliche Folgen. Der neue Koalitionsvertrag der Stadt zwischen Grünen, SPD, FDP und Volt hat sich erneut für die Stärkung des Schienenverkehrs ausgesprochen, will die Nachtruhe am Flughafen auf 22 bis 6 Uhr ausweiten und sagt auch ganz klar: Die Klimakrise und die Corona-Krise zwingen uns, über die Rolle des Frankfurter Flughafens neu nachzudenken.

Wie soll sich der Flughafen verändern, damit Frankfurter weniger unter Fluglärm leiden und trotzdem der wichtigste Arbeitgeber der Region Arbeitsplätze erhalten kann?

Die Nachtrandstunden müssen besser geschützt werden. Es müssen also weniger bis gar keine Flugbewegungen in dieser Zeit stattfinden. Auch sollen Flüge unter 500 Kilometern auf die Schiene gebracht werden. Das ist in Frankfurt fast jeder fünfte Flug. Das wäre eine tatsächliche Entlastung.

Gibt es weitere Forderungen?

Auch müssen endlich Grenzwerte beim Ultrafeinstaub festgelegt werden, damit unsere Messungen, und die anderer Studien, eine anwendbare Minimierung der Schadstoffe am Frankfurter Flughafen kontrollieren können. Schadstoffe und Lärm sind sehr gesundheitsschädigend – das sollte von allen Akteuren verstanden sein. Es ist an der Zeit, über einen Strukturwandel im Luftverkehr nachzudenken und diesen aktiv zu gestalten. Weiterhin Wachstumsprognosen zu veröffentlichen, die nicht eingehalten werden, gefährdet langfristig die Arbeitsplätze. Die Strategie Billigflieger anzuzudehnen, um die Flugbewegungszahlen zu erhöhen, hat zu einer Lohnkostensenkungsspirale geführt. So etwas darf nicht das Ziel sein.

Das Nachtflugverbot auszuweiten, scheint ein Kampf gegen Windmühlen zu sein. Glauben Sie, dass es gelingen wird?

Eindeutig ja. Bereits die Bürgerinitiativen haben durch ihr jahrzehntelanges Engagement so viel erreicht, dass in Frankfurt nicht 24 Stunden durchgängig geflogen wird. Das hat international Aufmerksamkeit erregt und über Frankfurts Grenzen ist dies bekannt. Heute, mit immer mehr wissenschaftlichen Studien, die die Gesundheitsrisiken von Lärm und Schadstoffen exakt belegen, wird es um so dringender sein, nicht nur den Status quo beizubehalten, sondern sogar noch zu erweitern. Wir sprechen hier für mehr Lebensqualität in und rund um Frankfurt. Die Bevölkerung der Region hat ein Recht auf ein gesundes Leben.

Anfang des Jahres gab Ryanair bekannt, dass die Airline Frankfurt künftig nicht mehr anfliegt. Freut Sie das?

Dass das Konzept der Billigflieger am Frankfurter Flughafen nicht langfristig erfolgreich sein kann, war mir schon vor fünf Jahren klar, als Ryanair zur Fraport AG kam. In diesem Zug muss auch natürlich das extra dafür gebaute neue Terminal 3 am Frankfurter Flughafen hinterfragt werden. Würde ich einen Blick in die Zukunft der Luftfahrt werfen, würde ich mich für den Umweltschutz und unsere Bevölkerung sehr freuen, wenn gerade die Billigflieger, die unsere Nachtruhe stark gefährden, nicht mehr von Frankfurt abheben. Ich hoffe, dass die Fraport AG nach der Ryanair-Erfahrung ihr Konzept nochmals überdenkt.

INTERVIEW: STEFANIE WEHR

Peter Paul Thoma ist ein gelber Grüner

50 neue Politiker gibt es in der 93. Parlamentarier zählenden Stadtverordnetenversammlung. In einer wöchentlichen Serie werden sie an dieser Stelle portraitiert. Heute: Peter Paul Thoma (FDP).

Frankfurt – Kaum jemand in der Stadtverordnetenversammlung dürfte so lange in Frankfurt verwurzelt sein wie Peter Paul Thoma. Sowohl väterlicher als auch mütterlicherseits gehört er der dritten Generation an, die in der Mainmetropole lebt. Geboren wurde der „Frankfurter Bub“ am 29. August, „einen Tag nach Goethe“ wie er stolz sagt. Frankfurter müssen eben zusammenhalten.

Thoma rückte für seinen renommierten Kollegen Stefan von Wangenheim nach, den bildungspolitischen Sprecher der FDP, nachdem dieser im Ordnungsdernat von Annette Rinn Pressesprecher wurde. Thoma übt in der Fraktion der Liberalen das Amt des kulturpolitischen Sprechers aus.

Thomas Urgroßvater, ebenfalls ein Peter Paul, gründete eine Spengler- und Schlosserei an der Gabelberger Straße. Nach vier Jahren hatte er so viel Geld verdient, dass er 1903 ein Grundstück in Bornheim kaufen konnte, wo das Unternehmen in anderer Form weiter besteht. Thoma IV. ist Inhaber eines Ingenieurbü-



Peter Paul Thoma engagiert sich für den Klimaschutz. So bietet er unter anderem auch ein Lastenrad zum Mieten an. FOTO: LEONHARD HAMERSKI

ros für Energieberatung und Planung der Technischen Gebäudeausrüstung und als öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger tätig. Das Büro befindet sich in der ehemaligen Werkstatt des Urgroßvaters. Vor dem Ingenieursstudium hat der 63-jährige Spengler und Installateur gelernt. Wegen seiner Handwerksausbildung ist er Obermeister der Innung Sanitär, Heizung, Klima und gehört der Vollversammlung der Handwerkskammer Frankfurt Rhein-Main an.

In seinem Stadtteil Bornheim ist Thoma verwurzelt. Er bezeichnet sich als „Kleinsponsor des FSV Frankfurt“, er ist Mitglied der Berner Käufern und Botschafter der Fidenen Nassauer.

Der Unternehmer ist ein gelber Grüner, der für die Energiewende kämpft. Er betreibt in Zusammenarbeit mit der Mainova ein Car-Sharing mit Elektroautos sowie mit einem Elektrolastenrad. Die Vermietung ist für ihn ein Liebhaberprojekt, „keines zum Geldverdienen“.

Klimaschutz und Marktwirtschaft

Auch mit dem Lastenrad verfolgt er die Familientradition. Ein Foto aus dem Jahr 1936 zeigt zwei Gesellen der großväterlichen Firma mit Lastenrädern und dem Spenglerwerkzeug. Thoma sieht in Klimaschutz und Marktwirtschaft keinen Widerspruch: „Das geht

mit einer starken Wirtschaft“, sagt er und verweist auf die nötigen Investitionen: Um eine Solaranlage auf dem Dach zu errichten, brauchen sie erst einmal Geld.“ Der Besitzer eines Gründerzeithauses in Bornheim sagt: „Ich muss eine wirtschaftliche Miete nehmen, aber ich muss kein Blutsauger sein.“

Heute trägt er unter seinem blauen Anzug ein flottes grünes Hemd mit bunten Panther in vielen Farben, darunter gelb, rot und lila ist auch dabei“, sagt er in Anspielung auf die im Römer herrschende Vierer-Koalition aus Grünen, SPD, FDP und Volt. Volt führt die Farbe lila im Logo.

Zu den Liberalen zog Thoma der Gedanke der Freiheit, auch

die des anderen. An der Pinnwand im Büro hängt ein alter Wahlkampf-Aufkleber mit dem Konterfei von Hans-Dietrich Genscher und dem Spruch: „Diesmal geht es ums Ganze.“

„Es ging schon immer um alles“, sagt Thoma süffisant und hat, ganz liberal, zu einigen Themen in der Stadtpolitik seine eigene Meinung. So hat es ihm die Spiegelvariante für den Neubau von Oper und Schauspiel angefallen. Sie sieht vor, den bestehenden alten Teil des Gebäudes zu erhalten und in den Wallanlagen gegenüber einen Neubau für eine der beiden Sparten zu errichten, wobei die am alten Standort verbleibende dann mehr Platz hätte. Das wäre auch kostengünstiger, meint Thoma, betont aber gleich, dass das nicht die Meinung der FDP-Fraktion sei.

Ein Anliegen ist ihm auch die Verlegung der Dippemess“. Die soll seiner Vorstellung zufolge an das Mainufer wie bereits das Mainuferfest. Der Platz vor dem Eisstadion wäre dann frei für einen dringend benötigten Schulneubau.

Auch für die Umgestaltung der Hauptwache hat er eine Idee: „Wenn man das Loch schon lässt, sollte man eine Arena daraus machen: mit Auftrittsmöglichkeiten für Hobbymusiker und Laienspielgruppen. Und man sollte eine grüne Oase daraus machen.“ Da schlägt wieder der Grüne im gelben Thoma durch.

THOMAS REMLEIN

KAV-Mitglieder streiten über Solidarität mit Medoff

Frankfurt – Mit einer gemeinsamen Erklärung stellen sich 17 Mitglieder der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) gegen Kritik am Vorsitzenden Jumas Medoff. Der hatte antisemitische Behauptungen und Bedrohungen gegen sich und seine Familie öffentlich gemacht und angezeigt, der Staatsschutz der Polizei ermittelt. Medoff, der für die Liste „Ich bin ein Frankfurter“ auch in der Stadtverordnetenversammlung sitzt, macht zwei Stadtverordnete sowie Politiker aus dem Umfeld der KAV verantwortlich, ohne jedoch deren Namen zu nennen. Stadtverordnetenvorsteherin Hilleme Arslaner-Gölbasi (Grüne), die Fraktion „Die Fraktion“ sowie acht Listen mit 14 Mitgliedern aus der KAV – darunter SPD und Grüne – hatten Medoff dafür kritisiert, dass er alle Stadtverordneten sowie KAV-Mitglieder unter Generalverdacht stelle. Die Kritiker verurteilten dennoch antisemitische Angriffe auf Politiker.

Dass die 14 anderen KAV-Mitglieder ihre Solidarität gegenüber Medoff nicht uneingeschränkt erklären, kritisieren nun 17 Vertreter von 17 anderen KAV-Listen. Eine solche Erklärung veröffentlichte Fahrid Mahmudov von United Frankfurt (UFF) am Montag: „Die breite Mehrheit der KAV-Mitglieder verurteilt die antisemitischen Äußerungen und Drohungen, die gegen Jumas Medoff getätigt worden sind.“ Die 17 Mitglieder kriti-

sieren die „einseitige Berichterstattung“ dieser Zeitung. Die Darstellung, wonach KAV-Mitglieder verhalten auf Medoffs Vorwürfe reagieren, erwecke den Eindruck, „dass gewählte KAV-Mitglieder, die alle ausnahmslos einen Migrationshintergrund haben, dieses Thema nicht ernst nehmen (wollen)“. Und die 17 verteidigen, dass Medoff keine Namen nennt: „Dass die Namen der unter Verdacht stehenden Personen nicht genannt werden dürfen, dürfte für jedermann ersichtlich sein“. Man habe „volles Vertrauen in die Arbeit der Justiz und Ergebnisse der Ermittlungen“.

Zusätzlich werfen die 17 KAV-Mitglieder der Redaktion vor, nicht gründlich recherchiert zu haben. Sie erklären, dass nicht alle Mitglieder der acht Listen deren gemeinsame Erklärung unterstützen. Tatsächlich teilten Florian Chiron und Mehmet Agatay (beide Grüne) mit, dass sie die Erklärung nicht mittragen. Dies äußerten sie jedoch erst drei sowie vier Tage, nachdem die Erklärung veröffentlicht worden war und darüber berichtet wurde.

Schon seit Langem wird die Arbeit der KAV durch Streit und Anfeindungen unter den Mitgliedern geprägt. Bei der Wiederwahl Medoffs im vorigen April gab es zum Beispiel einen Eklat nach Vorwürfen von Mitgliedern, sie seien von dessen Unterstützern körperlich bedroht worden. dpg